

Die verborgenen Stimmen der Demokratie

Claudia Gatzka im Gespräch

geschrieben von Claudia Gatzka & Theresa Brüheim

Wer spricht in der Demokratie – und wer bleibt ungehört? Die Historikerin Claudia Gatzka untersucht im Forschungsprojekt »Verborgene Stimmen der Demokratie«, wie sich Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik jenseits von Wahlen und Institutionen politisch äußerten. Im Interview erklärt sie, warum gerade diese oft übersehenen Stimmen entscheidend für das Verständnis von Demokratie sind – und was sich aus der Vergangenheit für den Umgang mit digitaler Öffentlichkeit heute lernen lässt.

Theresa Brüheim: Frau Dr. Gatzka, Sie leiten das von der Gerda Henkel Stiftung geförderte Forschungsprojekt »Verborgene Stimmen der Demokratie«. Dabei untersuchen Sie in einem ersten Schritt die politischen Vorstellungen von »den Deutschen«, die in der westdeutschen Öffentlichkeit nach 1945 verbreitet waren. In einem zweiten Schritt fragen Sie nach den Reaktionen der Bevölkerung auf diese Einordnung. Was meinen Sie mit »verborgenen Stimmen der Demokratie«? Und wer bleibt in der klassischen Demokratiegeschichte oft ungehört?

Claudia Gatzka: Mit den »verborgenen Stimmen der Demokratie« meine ich alle Repräsentierten, also alle wahlberechtigten Menschen in diesem Land. Die repräsentative Demokratie lebt von der Fiktion, dass die Repräsentanten die politische Willensbildung für alle vornehmen und sie im Parlament sowie in der Öffentlichkeit abbilden. Sie sprechen für die Repräsentierten, weil diese in großen demokratischen Flächenstaaten selbst kaum sprechen können. Zwar gibt es die Möglichkeit der Demonstration oder der Petitionen, mittlerweile auch die Kommentarspalten im Internet. Aber die Gesamtheit der Repräsentierten ist im Grunde nirgendwo vollständig abbildbar. Sie bleibt verborgen – und genau das interessiert mich. Denn trotz der Fiktion, dass der Wille des Volkes im Parlament und in der Regierung abgebildet sei, gibt es Feedbackschleifen zwischen Repräsentierten und Repräsentierenden. Diese untersuche ich.

Was war neben Ihrem Interesse der Ausgangspunkt des Projekts? Eine Forschungslücke?

In der Geschichtswissenschaft und in der politischen Theorie ist es verbreitet, von Aussagen wichtiger Intellektueller oder Politiker – meist Männer – in Qualitätsmedien auf die Gesamtheit der Bevölkerung zu schließen. Der Ausgangspunkt war die Frage: Wie repräsentativ sind jene Zeitzeugen, die wir in historischen Studien sprechen lassen?

Historikerinnen und Historiker haben nicht die Mittel der Soziologie oder Politikwissenschaft, etwa Panel-Umfragen oder teilnehmende Beobachtungen. Sie arbeiten mit überlieferten Quellen und wählen daraus mögliche wichtige Sprecher aus. Mein Ansatz war zu fragen, nach welchen anderen Quellen wir suchen können, um die Vielzahl und Vielfalt anonym bleibender Menschen einzufangen.

Welche Quellen und Perspektiven haben Sie bewusst neu erschlossen?

Das waren vor allem Bürgerbriefe. Auch hier kann man fragen, wie repräsentativ sie sind. Aber sie sind zumindest eine Form spontaner Artikulation »von unten«, anders als demoskopische Umfragen, die seit den 1940er Jahren existieren. Diese haben den Nachteil, dass sie gewissermaßen artifiziell hergestellt sind: Die Fragen werden vorgegeben, und die Befragten reagieren darauf. Daraus wird dann ein Meinungsbild konstruiert.

Es kann aber sein, dass Menschen über ganz andere Fragen und auch Antworten nachdenken würden, als ihnen vorgelegt werden. Meinungsumfragen machen diese eigenlogische Meinung der Repräsentierten nicht sichtbar. Bürgerbriefe sind demgegenüber spontaner und autonomer, und sie lassen Bürgerinnen und Bürger ausführlicher und ungefiltert zu Wort kommen.

Ähnlich verhält es sich heute mit E-Mails an Politiker oder Leserbriefen an Zeitungen. Letztere sind auch eine wichtige Quelle unserer Untersuchung: Briefe, die teilweise gedruckt werden, teilweise nicht. Leider habe ich nicht zu allen Zeitungsarchiven mit unveröffentlichten Leserbriefen Zugang

erhalten.

Ein dritter Aspekt ist das Sprechen über »die Bevölkerung« oder den »Volkswillen« in der Presse. Lokalredakteure, Kommentatoren und Kolumnisten produzieren ständig Bilder davon, was »das Volk« wolle. Das schaue ich mir in der Breite an, jenseits der prominenten Stimmen. Dazu sind die Lokalzeitungen eine unverzichtbare Quelle, weil sie lange Zeit in der Bundesrepublik das wichtigste Massenmedium darstellten – die große Mehrheit las eine lokale Tageszeitung, nicht die überregionale Presse. Aber diese nah am lokalen Alltag angesiedelten Medien brechen seit den 2000er Jahren weg – und das ist ein Problem für den demokratischen Diskurs.

Wie haben Sie die Bürgerbriefe erschlossen?

Es wurden deutlich mehr Briefe geschrieben, als überliefert sind. Behörden haben sie meist nach der Beantwortung vernichtet. Wir wissen, dass Politiker darauf reagiert haben, aber die Briefe wurden selten archiviert.

Fündig geworden bin ich vor allem im Bundesarchiv sowie in den Archiven von Parteien und politischen Stiftungen. In Nachlässen finden sich mitunter solche Briefe. Bei Willy Brandt etwa stieß ich auf mehrere Kisten – allerdings zerrissene Briefe, vermutlich Schmäh- und Hassbriefe im Zusammenhang mit seinem Rücktritt. Die Fragmente lagern heute im Archiv der Sozialdemokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Auch Rundfunkanstalten haben Zuschriften von Hörern und Zuschauern teilweise archiviert. Allerdings ist der Zugang für die Forschung schwierig. Ich würde mir wünschen, dass hier Barrieren abgebaut werden.

Eine zentrale Frage des Projekts lautet: Ist das, was wir heute an Hassrede gegenüber Politik und Demokratie erleben, qualitativ neu – oder wurden diese Affekte durch die Digitalisierung lediglich sichtbarer?

Welche Erkenntnisse haben Sie bisher gewonnen? Und was hat Sie überrascht?

Deutlich wurde, dass starke Emotionen gegenüber politischen Repräsentanten nichts Neues sind. Auch Hass wurde bereits in der frühen Bundesrepublik offen artikuliert. Die Ausdrucksformen ähneln heutigen.

Es ist ein Irrtum zu glauben, die Bevölkerung sei früher »lammfromm« gewesen. Im Gegenteil: Die junge Bundesrepublik war von einer starken Skepsis gegenüber Parteien geprägt, und es herrschte keineswegs durchgehend die Überzeugung, dass die repräsentative Demokratie dem autoritären System überlegen sei.

Allerdings gab es in der analogen Kommunikation gewisse Puffer. Einen Brief musste man schreiben, falten, verschicken und auf Antwort warten. Dieser Zeitverzug wirkte oft deeskalierend. Nicht jeder Affekt wurde sofort artikuliert.

Diese Barrieren sind heute weitgehend verschwunden. Digitale Kommunikation ermöglicht eine unmittelbare Artikulation, die Konflikte beschleunigt. Zudem blieben Briefe meist privat. Heute entstehen durch soziale Medien neue Öffentlichkeiten mit starken Verstärkungseffekten – und es ist oft unklar, ob Reaktionen von realen Personen oder von Bots stammen.

Diese Form der Kommunikation, die häufig nicht mehr auf rationalem Austausch basiert, höhlt die repräsentative Demokratie aus. Früher erwartete man auf einen Brief eine Antwort. Heute wird oft einfach in sozialen Medien »gerantet«, ohne echte Rückkopplung.

Umso wichtiger wäre es, auch andere Kommunikationsformen wieder sichtbar zu machen – etwa den Austausch zwischen Abgeordneten und ihrem Wahlkreis. Das geschieht ja durchaus, etwa in Bürgersprechstunden oder durch Präsenz vor Ort, wird aber weniger wahrgenommen.

Dafür braucht es auch eine funktionierende lokale Öffentlichkeit. Beispielsweise berichteten Lokalzeitungen in den 1970er Jahren sehr detailliert über das Handeln von Abgeordneten – bis hin zu alltäglichen Terminen. Das mag trivial erscheinen, war aber wichtig für die Vertrauensbasis zwischen Wählern und Gewählten. Diese lokale Öffentlichkeit fehlt heute oft.

Wo sehen Sie neben Risiken auch Potenziale digitaler Kommunikation?

Potenziale sehe ich eher in digitalen Tools als in sozialen Medien. Diese müssten jedoch an klare Regeln gebunden sein – etwa Klarnamen und eine verifizierte Identität, vergleichbar mit einer

Bürgerversammlung.

Wenn solche sicheren und moderierten Plattformen existieren, ließen sich deliberative Prozesse und vielleicht auch Abstimmungsformen auf verschiedenen Ebenen denken. Dabei müsste geklärt werden, wie verbindlich solche Ergebnisse sind. Sie könnten etwa empfehlenden Charakter haben. Solche Verfahren wären eine Alternative zu klassischen Umfragen, die auf vorgegebenen Fragen basieren. In deliberativen Formaten hingegen könnten Bürgerinnen und Bürger zunächst informiert diskutieren und dann entscheiden.

Es gab bereits Versuche in diese Richtung, etwa bei der Piratenpartei oder in Italien, die jedoch an Datenschutz- und Manipulationsproblemen scheiterten. Diese Risiken bestehen weiterhin, insbesondere durch KI-Technologien.

Dennoch halte ich es für sinnvoll, weiter darüber nachzudenken – auch in Kombination mit analogen Formaten auf lokaler Ebene. Demokratie ist in der Bundesrepublik sehr kleinteilig organisiert, etwa in Wahlbezirken. Diese könnten stärker für Beteiligungsformate genutzt werden.

Wie geht es mit dem Forschungsprojekt weiter?

Aufgabe ist es jetzt, die Analyse bis in die 1990er und 2000er Jahre fortzuführen, um auch den Übergang ins Internetzeitalter zu berücksichtigen. Es sollen auch ostdeutsche Perspektiven integriert werden. Es wird ein Buch beim Siedler-Verlag erscheinen, das die Ergebnisse vorstellt und sich mit der Frage befasst, was »gute« Repräsentation in der Bundesrepublik bedeutet. Das Buch wird kein klassisches historisches Werk sein, sondern einen experimentellen Zugang wählen: Anhand von fünf aktuellen Problemfeldern blicke ich historisch zurück, um gegenwärtige Fragen besser zu verstehen.

Viele der Probleme, die wir heute diskutieren, begleiten die Demokratie seit den 1950er Jahren. Wenn wir ihre Historie verstehen, lassen sich auch heutige Herausforderungen besser einordnen – und vielleicht auch Lösungsansätze wiederentdecken, die inzwischen vergessen sind.

Vielen Dank.

Dieser Text ist zuerst erschienen in [Politik & Kultur 5-6/2026](#)